



atene KOM GmbH | Invalidenstraße 91 | 10115 Berlin

Landkreis Northeim  
Medenheimer Straße 6/8  
37154 Northeim

Landkreis Northeim

Eing. 21. Okt. 2019

atene KOM GmbH  
Invalidenstraße 91  
10115 Berlin

Tel. +49 (0)30 2332 49 – 777  
Fax +49 (0)30 2332 49 – 778

projekttraeger@atenekom.eu  
www.atenekom.eu

17.10.2019

**Zuwendungsbescheid** – Bescheid über eine Zuwendung in vorläufiger Höhe –  
Zuwendungen des Bundes für ein Wirtschaftlichkeitslückenmodell nach Nr. 3.1 in Verbindung mit Nr. 5.4 der Richtlinie für die Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland (Förderrichtlinie des Bundes)

**Bezug:**

Ihr Antrag vom 04.07.2019, eingegangen am 08.07.2019, mit Nachlieferungen bis zum 26.08.2019

Aktenzeichen: 832.5/3-19 11NI300116

Regionalschlüssel: 031550000000

Von der Maßnahme betroffene Gebietskörperschaften (Regionalschlüssel):  
031550010010

**Anlagen:**

1. Richtlinie für die Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland vom 22.10.2015 (Förderrichtlinie des Bundes), 1. Novelle vom 03.07.2018, überarbeitete Version vom 15.11.2018
2. Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk, Stand: 04.11.2016)
3. Besondere Nebenbestimmungen für die auf Grundlage der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ durchgeführten Antrags- und Bewilligungsverfahren, die Umsetzung von Projekten und dazu gewährte Zuwendungen des Bundes (BNBest-Breitband, Stand: 09.08.2018)
4. GIS-Nebenbestimmungen, Version 4.0 vom 01.08.2018





5. Einheitliches Materialkonzept und Vorgaben für die Dimensionierung passiver Infrastruktur im Rahmen des geförderten Breitbandausbaus, Version 4.1 vom 02.04.2019
6. Merkblatt zur Dokumentation der technischen Anlagen und des Baus, Version 2.0 vom 01.08.2018
7. Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA)-Breitbandversorgung vom 15.06.2015 (NGA-Rahmenregelung)
8. Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P, Stand: 13.06.2018)
9. Weitere Nebenbestimmungen und Hinweise dieses Bescheides
10. Vordruck „Empfangsbestätigung“





Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren oben genannten Antrag bewillige ich, als beliehener Projektträger für die Durchführung des Bundesförderprogramms zur Unterstützung des Breitbandausbaus in Deutschland nach § 44 Absatz 3 Bundeshaushaltsordnung (BHO), Ihnen als Zuwendungsempfänger vorläufig auf der Grundlage

- der Richtlinie für die Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland vom 22.10.2015 (Förderrichtlinie des Bundes), 1. Novelle vom 03.07.2018, überarbeitete Version vom 15.11.2018
- der Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA)-Breitbandversorgung vom 15.06.2015 (NGA-Rahmenregelung) und
- der BHO, insbesondere der §§ 23 und 44 BHO samt den zu ihnen erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV),

für den Zeitraum **17.10.2019** bis zum **04.07.2023** in Form der Projektförderung eine nicht rückzahlbare Zuwendung als Anteilfinanzierung mit einer voraussichtlichen Förderquote von **50 %** der geschätzten zuwendungsfähigen Ausgaben (Bemessungsgrundlage) in Höhe von bis zu

**100.000,00 €**

(Betrag in Worten: einhunderttausend Euro)

für die Schließung einer Wirtschaftlichkeitslücke bei privatwirtschaftlichen Betreibern von Breitbandinfrastrukturen im Sinne der Nr. 3.1 der Förderrichtlinie des Bundes. Die Bewilligung erfolgt unter der Bedingung, dass

das Auswahlverfahren spätestens sechs Monate nach Erhalt dieses Bescheides eingeleitet wird.

Ferner behalte ich mir vor, nachträglich Auflagen zu erteilen, zu ändern oder zu ergänzen (Auflagenvorbehalt nach § 36 Absatz 2 Nr. 5 VwVfG).

Die Bewilligung steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der veranschlagten Haushaltsmittel (Widerrufsvorbehalt nach § 36 Absatz 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 49 Absatz 2 Nr. 1 VwVfG).

Ich ermächtige Sie, die Zuwendung bis zur Höhe von **100.000 Euro** zur Durchführung der im Antrag näher bezeichneten Aufgaben an das von Ihnen auszuwählende Telekommunikationsunternehmen als Letztzuwendungsempfänger (im Folgenden „Betreiber“ genannt) weiterzuleiten.





## 1. Vorhaben

- 1.1. Gemäß Ihrem oben genannten Förderantrag werden die Mittel zur Durchführung des nachfolgend beschriebenen Projektes vorläufig bewilligt (Zuwendungszweck):

Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke eines privatwirtschaftlichen Betreibers öffentlicher Telekommunikationsnetze für die Errichtung und den Betrieb einer nachhaltigen und hochleistungsfähigen Telekommunikationsnetzinfrastruktur (Gigabit-Netz) im Sinne von Nr. 3.1 der Förderrichtlinie des Bundes.

Die Bemessungsgrundlage der Zuwendung (Wirtschaftlichkeitslücke) ist definiert als Differenz zwischen dem Barwert aller Einnahmen und dem Barwert aller Kosten des Netzaufbaus und -betriebs, für einen Zeitraum von mindestens sieben Jahren.

- 1.2. Die im Rahmen der Maßnahme vorgesehenen Kilometer an Tiefbauleistungen, neu zu schaffenden Glasfaserkilometer und neu zu verlegenden Kilometer an Leerrohren werden mit dem Bescheid über die abschließende Höhe der Zuwendung festgesetzt. Nach Ende der Maßnahme werden alle Teilnehmer im Projektgebiet zuverlässig mit Bandbreiten von mindestens 1 Gigabit/s symmetrisch versorgt.

## 2. Höhe der Zuwendung, zuwendungsfähige Ausgaben, Zweckbindung und Bewilligungszeitraum

- 2.1. Die abschließende Höhe der Zuwendung wird auf Basis des im Auswahlverfahren ermittelten wirtschaftlichsten Angebots im Hinblick auf die darin zugrunde gelegte Wirtschaftlichkeitslückenberechnung festgelegt.
- 2.2. Die Zuwendung ist zweckgebunden sowie wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. Sie darf ausschließlich für tatsächliche Ausgaben verwendet werden, die im Bewilligungszeitraum durch den Betreiber als Betrag der Wirtschaftlichkeitslücke im Sinne der Nr. 3.1 der Förderrichtlinie des Bundes in Rechnung gestellt werden.

Planungskosten können den Investitionsausgaben zugerechnet werden, soweit sie für die Herstellung des Netzes erforderlich sind. Sie sind in Höhe von bis zu 20 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben als deren Bestandteil förderfähig.

- 2.3. Die Zweckbindungsfrist beträgt sieben Jahre. Die Frist beginnt abweichend von Nr. 7.4 der Förderrichtlinie des Bundes mit der Vorlage des Verwendungsnachweises und endet mit Ablauf des siebten darauffolgenden Kalenderjahres. Ist beabsichtigt, die mit der Zuwendung errichteten Netzinfrastrukturen und/oder ihre betriebsnotwendigen Bestandteile innerhalb dieses Zeitraums zu veräußern, ist dies vorab anzuzeigen. In jedem Fall ist sicherzustellen, dass der Zuwendungszweck bis zum Ablauf der Zweckbindungsfrist gewahrt bleibt.





## 2.4. Es ergibt sich folgender vorläufiger Finanzierungsplan

	Betrag in Euro
Gesamtkosten	200.000,00
Bundesförderung prozentual (Förderquote)	50 %
Bundesförderung Summe	100.000,00

## 3. Auszahlung

Die Auszahlung erfolgt entsprechend den in Nr. 1 BNBest-Breitband enthaltenen Vorgaben im Wege des Anforderungsverfahrens. Abweichend von Nr. 1.3 ANBest-Gk bzw. Nr. 1.4 ANBest-P erfolgt die Auszahlung der Bundesmittel ausschließlich nachschüssig für entstandene Ausgaben.

Soweit innerhalb eines Kalenderjahres keine Anforderung erfolgt, ist eine Dokumentation nach Nr. 6.1 Satz 2 ANBest-P/Gk i. V. m. Nr. 1.3 Absatz 3 BNBest-Breitband bis zum 15.10. eines jeweiligen Kalenderjahres als Zwischennachweis vorzulegen.

## 4. Erfüllungspflichten

- 4.1. Die beigefügten ANBest-Gk, BNBest-Breitband, die GIS-Nebenbestimmungen, die Weiteren Nebenbestimmungen und Hinweise dieses Bescheides sowie das einheitliche Materialkonzept inklusive der darin enthaltenen Vorgaben zur Dimensionierung und das Merkblatt zur Dokumentation der technischen Anlagen und des Baus sind Bestandteil dieses Bescheides. Die Vorgaben der Förderrichtlinie des Bundes, der NGA-Rahmenregelung sowie der BHO samt den zu ihnen erlassenen Verwaltungsvorschriften sind zu beachten.
- 4.2. Wesentliche Änderungen der Grundlagen, auf denen dieser Bescheid erging, insbesondere im Hinblick auf das Projektgebiet und den Fördergegenstand, bedürfen meiner vorherigen schriftlichen Zustimmung.

Dies betrifft auch Angaben zum Bewilligungszeitraum.

Wesentliche Verzögerungen im Projektverlauf sind unverzüglich anzuzeigen. Eine Verlängerung des Bewilligungszeitraums ist nur auf begründeten Antrag hin möglich.

Alle weiteren Änderungen sind mir als Bewilligungsbehörde unverzüglich anzuzeigen.





#### 4.3. Auswahl des Betreibers und Weiterleitung der Zuwendung an diesen

4.3.1. Bei der Auswahl des Betreibers sind die Vorgaben der §§ 5 bis 7 NGA-Rahmenregelung sowie der Nr. 5.3 der Förderrichtlinie des Bundes zu beachten, insbesondere die Pflicht zur Veröffentlichung des Auswahlverfahrens sowie des Ergebnisses auf [www.breitbandausschreibungen.de](http://www.breitbandausschreibungen.de). Zusätzlich sind die aktuellen Informationen zu den Vorleistungspreisen des ausgewählten Betreibers, sobald sie bekannt sind, auf [www.breitbandausschreibungen.de](http://www.breitbandausschreibungen.de) zu veröffentlichen.

Bereits im Rahmen des Auswahlverfahrens ist darauf hinzuweisen, dass eine Nichteinhaltung der im Zuwendungsbescheid enthaltenen Pflichten zum Ausschluss aus dem Auswahlverfahren führen kann.

4.3.2. Sie sind gemäß § 44 BHO in Verbindung mit VV Nr. 12 zu § 44 BHO ermächtigt, die Zuwendung an den Betreiber weiterzuleiten. Die Zuwendung kann in öffentlich-rechtlicher oder in privatrechtlicher Form weitergeleitet werden. Die Weiterleitung in öffentlich-rechtlicher Form durch juristische Personen des Privatrechts ist ausgeschlossen, so dass die Weiterleitung in diesem Fall nur in privatrechtlicher Form erfolgen darf. In jedem Fall gelten die folgenden Bestimmungen:

4.3.2.1. Die Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P) sind mit Ausnahme von Nr. 3 ANBest-P zum Bestandteil der Weiterleitung zu machen.

4.3.2.2. Sie sind verpflichtet, die Prüfung der Erfüllung des Zuwendungszwecks für die an den Betreiber weitergeleitete Zuwendung zu dokumentieren sowie die Ausgaben und gegebenenfalls Einnahmen des ausgewählten Betreibers zu ermitteln. Soweit innerhalb eines Kalenderjahres keine Mittelanforderung erfolgt, ist die Vorlage einer Dokumentation der erfolgten Maßnahmen und der damit verbundenen Ausgaben und Einnahmen mit dem jeweiligen Zwischennachweis aus Nr. 3 Absatz 2 zu gewährleisten.

4.3.2.3. Sie tragen die volle Verantwortung für die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung durch den Betreiber und haften für das Fehlverhalten des Betreibers im Verhältnis zu mir als Bewilligungsbehörde. Als Zuwendungsempfänger haften Sie für die auf den Betreiber übertragenen rechtlichen Pflichten insoweit, als der ausführende Betreiber innerhalb der Zweckbindungsfrist den entsprechenden Pflichten nicht nachkommt.

4.3.2.4. Sie sind verpflichtet, mir als Bewilligungsbehörde ein Prüfrecht gemäß Nr. 7.1 ANBest-P sowie ein jederzeit und uneingeschränkt zu gewährendes Zugangs- und Prüfrecht zu geförderten Infrastrukturen sowie zu geeigneten Mess-





punkten gegenüber dem Betreiber auszubedingen sowie mir als Bewilligungsbehörde auf Verlangen etwaige Erstattungsansprüche gegen den Betreiber abzutreten.

4.3.2.5. Änderungen des Rechtsverhältnisses mit dem ausgewählten Betreiber sind mir als Bewilligungsbehörde schriftlich anzuzeigen und bedürfen meiner schriftlichen Zustimmung.

4.3.2.6. Für die Weiterleitung gelten die in den Weiteren Nebenbestimmungen dieses Bescheides vorgegebenen Modalitäten. Die darin enthaltenen Vorgaben sind zwingend im Rahmen der Weiterleitung zu berücksichtigen. Ein Muster für einen Weiterleitungsbescheid steht Ihnen im internen Bereich des zentralen Online-Portals [www.breitbandausschreibungen.de](http://www.breitbandausschreibungen.de) unter der Kachel „Dokumente der Zuwendungsgeber“ zur Verfügung.

#### 4.4. Errichtung der Infrastruktur durch den ausgewählten Betreiber

Der Baubeginn ist spätestens 18 Monate nach Bekanntgabe dieses Bescheides zu gewährleisten. Der tatsächliche Baubeginn ist mir spätestens zwei Wochen vor dem Termin des ersten Spatenstichs anzuzeigen. Im Übrigen wird auf Nr. 4.7 dieses Bescheides verwiesen.

Vorhandene Infrastrukturen sind weitestgehend in die Ausführungsplanung einzubeziehen. Dies gilt insbesondere für Infrastrukturen, die bereits im Rahmen einer anderen Fördermaßnahme errichtet wurden.

Die Nutzung von Synergien durch Mitnutzung ist bereits im Rahmen des Auswahlverfahrens zu berücksichtigen. Alternative Netztechnologien und Verlegungsmethoden sind als maßgebliches Zuschlagskriterium in das Vergabeverfahren aufzunehmen. Maßgeblich im Sinne dieser Regelung ist, dass dieses Zuschlagskriterium mit mindestens 5 % in der Wertung berücksichtigt wird.

#### 4.5. Anschlussgewährleistung

Während der Zweckbindungsfrist muss ein Anschluss nachfragender Teilnehmer zu erschwinglichen Kosten erfolgen. Dies gilt auch, soweit Baumaßnahmen bereits als abgeschlossen gelten.

#### 4.6. Open Access

Im Einklang mit § 7 NGA-Rahmenregelung und den Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau ist ein offener und diskriminierungsfreier Zugang (Open Access) zu der errichteten Infrastruktur zu gewährleisten und zwar unabhängig von





Veränderungen bei den Eigentumsverhältnissen, der Verwaltung oder dem Betrieb der Infrastruktur. Im gesamten Netz müssen dieselben Zugangsbedingungen gelten, auch in den Teilen des Netzes, in denen bestehende Infrastruktur genutzt wurde.

#### 4.7. Konkretisierung der Projektdetails und Nachweispflichten

4.7.1. Spätestens nach Durchführung des Auswahlverfahrens sind mir gegenüber die für die Gewährung des Bescheides über die abschließende Höhe der Zuwendung erforderlichen Angaben zu konkretisieren. Hierfür sind innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Auswahlverfahrens folgende Unterlagen zur Prüfung im internen Bereich des Online-Portals [www.breitbandausschreibungen.de](http://www.breitbandausschreibungen.de) hochzuladen:

- Unterlagen des Auswahlverfahrens:
  - Dokumentation des Auswahlverfahrens (Ergebnisvermerk)
  - bei Weiterleitung
    - in öffentlich-rechtlicher Form: eingegangener Antrag/eingegangene Anträge vom Betreiber
    - in privatrechtlicher Form: eingegangenes finales Angebot/eingegangene finale Angebote des auszuwählenden Bidders
  - Versicherungen/Erklärungen
    - zur Einhaltung der Mindestanforderungen des ausgewählten Betreiberangebotes und zur rechtmäßigen Durchführung des Auswahlverfahrens
    - zur Einhaltung der Mindestbestandteile des Weiterleitungsbescheides bzw. des Betreibervertrages und über dessen Vorlage bei der Bundesnetzagentur
    - des ausgewählten Betreibers zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und zur Berücksichtigung vorhandener, nutzbarer Infrastrukturen im Rahmen der Netzplanung
  - ggfs. Stellungnahme des externen Rechnungsprüfers bei Vorliegen von weniger als drei Angeboten bei der Betreiberauswahl (vgl. § 5 Absatz 8 NGA-Rahmenregelung)
- alle Unterlagen der Planung gemäß GIS-Nebenbestimmungen und Materialkonzept inklusive Darstellung eines Gesamtnetzes im Netzplan (Phase 2) unter Berücksichtigung der Backbone- und Backhaulverbindung mindestens in den Grenzen der am Antrag beteiligten Gebietskörperschaften und unter Berücksichtigung der Anforderungen an die mobile Gigabit-Gesellschaft
- vollständiger und verbindlicher Finanzierungsplan auf Basis des Ergebnisses des Auswahlverfahrens, einschließlich Unterlagen zur Kofinanzierung,





- Vorlage einer detaillierten Meilensteinplanung, die quartalsgenau das Erreichen bestimmter Ausbauziele sowie entsprechende Auszahlungsziele von Teilbeträgen der Zuwendung vorsieht

Auf Grundlage dieser eingereichten Unterlagen erfolgt die Prüfung für die Erstellung des Bescheides über die abschließende Höhe der Zuwendung.

4.7.2. Nach Ablauf des siebten auf die Vorlage des Verwendungsnachweises folgenden Jahres haben Sie bezogen auf diesen gesamten Zeitraum ergänzend zu Nr. 4 BNBest-Breitband unaufgefordert binnen zwölf Monaten nachzuweisen, wie viele Teilnehmer im Rahmen Ihrer Maßnahme tatsächlich angeschlossen und wie viele Einnahmen aus Vorleistungsprodukten, Endkundenprodukten und Gewerbeanschlüssen tatsächlich erzielt wurden.

#### 4.8. Dokumentation und Monitoring

Die errichteten TK-Netzinfrastrukturen sind nach den Vorgaben des § 8 NGA-Rahmenregelung zu dokumentieren. Zur Kontrolle der Zielerreichung ist unter Einhaltung der Vorgaben des § 10 NGA-Rahmenregelung jährlich zum 28. Februar für das zurückliegende Kalenderjahr anhand des in dem zentralen Online-Portal [www.breitbandausschreibungen.de](http://www.breitbandausschreibungen.de) hinterlegten Formulars bzw. Online-Monitoring-Systems zu berichten. Ergänzend können für die Evaluierung der NGA-Rahmenregelung und des Bundesförderprogramms weitere Datenerhebungen notwendig werden, die ebenfalls Ihrer Mitwirkung und Unterstützung bedürfen.

##### 4.8.1 Information und Publizität

Die Informations- und Kommunikationsmaßnahmen nach Nr. 5.1 bis 5.3 BNBest-Breitband sind zu beachten und einzuhalten.

##### 4.8.2 Stand der Technik

Die errichteten Gigabit-TK-Netzinfrastrukturen müssen mindestens dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Eine Erhöhung der Bandbreiten der geförderten Anschlüsse soll durch die geförderte Infrastruktur im Zuwendungszeitraum bereits ermöglicht werden.

## 5. Besondere Hinweise

- 5.1. Die Einhaltung der Grundsätze des Vergaberechts fällt in Ihren alleinigen Verantwortungsbereich. Eine Nichtbeachtung der Grundsätze kann insbesondere die Abänderung der vorläufig bewilligten Höhe oder eine Aufhebung dieses Bescheides zur Folge haben.





- 5.2. Dieser Bescheid ersetzt nicht sonstige für die Durchführung der Maßnahmen erforderliche Genehmigungen (z. B. Baugenehmigungen). Sind für die Förderfähigkeit des beantragten Projektes behördliche Genehmigungen erforderlich, so sind diese spätestens im Rahmen der Zahlungsanforderung vorzulegen, mit der von diesen Genehmigungen betroffene Ausgaben beglichen werden sollen.
- 5.3. Die Zuwendung kann erst ausgezahlt werden, wenn dieser Bescheid bestandskräftig geworden ist.
- 5.4. Die in Ihrem Antrag enthaltenen Angaben sind subventionserhebliche Tatsachen nach § 264 Strafgesetzbuch (StGB) in Verbindung mit § 2 Subventionsgesetz (SubvG) vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2034, 2037). Nach § 3 des SubvG sind Sie verpflichtet, mir als Bewilligungsbehörde umgehend alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.
- 5.5. Forderungsabtretungen durch Sie zugunsten Dritter gemäß § 399 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) und Verpfändungen zugunsten Dritter gemäß § 1275 BGB i.V.m. § 399 BGB in den jeweils geltenden Fassungen sind ausgeschlossen.
- 5.6. Weitere Informations- und Hinweispflichten durch Inanspruchnahme von Kofinanzierungsmitteln der Länder bleiben unberührt.





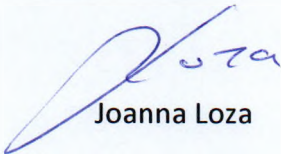
**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch bei dem vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur beliehenen Projektträger, der

atene KOM GmbH  
Invalidenstraße 91  
10115 Berlin

erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Joanna Loza





## Weitere Nebenbestimmungen und Hinweise für den Zuwendungsbescheid vom 17.10.2019

**Zuwendungsempfänger: Landkreis Northeim**

**Aktennummer: 832.5/3-19 11NI300116**

---

### I. Weitere Nebenbestimmungen und Hinweise für den vorliegenden Antrag

1. Der Bescheid des Landes über die verbindliche Höhe der Kofinanzierung ist der Bewilligungsbehörde unmittelbar nach Erhalt vorzulegen, spätestens jedoch mit der Beantragung des Zuwendungsbescheides in endgültiger Höhe.



## II. VORGABEN FÜR DIE WEITERLEITUNG GEMÄß VV ZIFF. 12 ZU § 44 BHO:

### 1. WEITERLEITUNG IN ÖFFENTLICH-RECHTLICHER FORM

- 1.1. Die Weiterleitung in öffentlich-rechtlicher Form durch juristische Personen des öffentlichen Rechts hat in Form eines Zuwendungsbescheides (Weiterleitungsbescheid) und unter Beachtung der Vorgaben in VV Ziff. 12.4 zu § 44 BHO zu erfolgen.

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung, für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung sowie die ggfs. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung sind die §§ 23 und 44 BHO und die dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften, die §§ 48 bis 49a VwVfG sowie die Richtlinie für die Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland vom 22.10.2015 (Förderrichtlinie des Bundes) in Form der ersten Überarbeitung vom 20.06.2016 und die Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA)- Breitbandversorgung vom 15.06.2015 (NGA-Rahmenregelung) zur Grundlage zu machen.

Eine Kopie des Weiterleitungsbescheides ist unverzüglich nach Erteilung vorzulegen. Änderungen der Weiterleitungsbescheide des Erstzuwendungsempfängers an den Letztzuwendungsempfänger bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Zuwendungsgebers.

- 1.2. Der Weiterleitungsbescheid muss insbesondere folgende Vorgaben beinhalten (siehe VV 12.4 zu § 44 BHO):

Die im Rahmen der Weiterleitung zu treffenden Vorgaben müssen verbindlich und im Einklang mit den Vorgaben des Bewilligungsbescheides und der Förderrichtlinie des Bundes gegenüber dem Letztempfänger festgelegt werden. Insbesondere die folgenden im Weiterleitungsbescheid zu treffenden Regelungen müssen den Vorgaben im Bewilligungsbescheid entsprechen:

- Art und Höhe der Zuwendung,
- Zuwendungszweck und Zweckbindungsdauer,
- Bewilligungszeitraum,
- Art und Form der Finanzierung,
- Umfang der zuwendungsfähigen Ausgaben.

- 1.3. Der Letztempfänger muss ein privatwirtschaftlicher Betreiber von Breitbandinfrastrukturen im Sinne der Förderrichtlinie des Bundes sein. Bei der Auswahl des Letztempfängers sind die in den Ziff. 4 und 5 Förderrichtlinie des Bundes in Verbindung mit den §§ 6 und 7 NGA-Rahmenregelung enthaltenen Vorgaben zu beachten.



## 2. WEITERLEITUNG IN PRIVATRECHTLICHER FORM

- 2.1. Die Weiterleitung in privatrechtlicher Form hat in Form eines privatrechtlichen Vertrages und unter Beachtung der Vorgaben in VV Ziff. 12.5 und 12.6 zu § 44 BHO zu erfolgen.

Die Vorgaben aus dem Bewilligungsbescheid sowie die Richtlinie für die Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland vom 22.10.2015 (Förderrichtlinie des Bundes) in Form der ersten Überarbeitung vom 20.06.2016 und die Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Aufbaus einer flächen-deckenden Next Generation Access (NGA)- Breitbandversorgung vom 15.06.2015 (NGA-Rahmenregelung) sind zur Grundlage des Vertrages zu machen.

Eine Kopie des Vertrages ist unverzüglich nach Abschluss vorzulegen. Änderungen der vertraglichen Vereinbarungen zwischen Erstzuwendungsempfänger und Letztzuwendungsempfänger bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Zuwendungsgebers.

- 2.2. Der Vertrag zur Weiterleitung muss insbesondere folgende Vorgaben beinhalten (siehe VV 12.5 und 12.6 zu § 44 BHO):

- 2.2.1. Die im Rahmen der Weiterleitung zu treffenden Vorgaben müssen verbindlich und im Einklang mit den Vorgaben des Bewilligungsbescheides und der Förderrichtlinie des Bundes gegenüber dem Letzttempfänger festgelegt werden. Insbesondere die folgenden im Vertrag mit dem Letzttempfänger zu treffenden Regelungen müssen den Vorgaben im Bewilligungsbescheid entsprechen:

- Art und Höhe der Zuwendung,
- Zuwendungszweck und Zweckbindungsdauer,
- Art und Form der Finanzierung
- Umfang der zuwendungsfähigen Ausgaben,
- Bewilligungszeitraum.

- 2.2.2. Die Abwicklung der Maßnahme und die Prüfung der Verwendung der weitergeleiteten Zuwendung hat entsprechend den Nrn. 1 bis 7 ANBest-P zu erfolgen. Die in Betracht kommenden Bestimmungen sind dem Inhalt nach unmittelbar in den Vertrag zu übernehmen. Das entsprechend Nr. 7.1 ANBest-P für den Erstempfänger vorzusehende Prüf-recht ist auch für die Bewilligungsbehörde (einschließlich einen von ihr Beauftragten) auszubedingen.

- 2.2.3. In den Vertrag mit dem Letzttempfänger ist eine Regelung zur Anerkennung der Gründe für einen Rücktritt vom Vertrag, der Rückzahlungsverpflichtungen und der sonstigen Rückzahlungsregelungen sowie zur Verzinsung von Rückzahlungsansprüchen aufzunehmen. Zu regeln ist insbesondere der Rücktritt vom Vertrag aus wichtigem Grund mit dem Hinweis, dass ein wichtiger Grund für einen Rücktritt vom Vertrag insbesondere gegeben ist, wenn

- die Voraussetzungen für den Vertragsabschluss nachträglich entfallen sind,
- der Abschluss des Vertrages durch Angaben des Letzttempfängers zustande gekommen ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren,

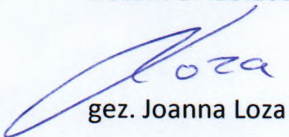


- der Letztempfänger bestimmten Verpflichtungen aus dem Bewilligungsbescheid nicht nachkommt.

2.3. Der Letztempfänger muss ein privatwirtschaftlicher Betreiber von Breitbandinfrastrukturen im Sinne der Förderrichtlinie des Bundes sein. Bei der Auswahl des Letztempfängers sind die in den Ziff. 4 und 5 Förderrichtlinie des Bundes in Verbindung mit den §§ 6 und 7 NGA-Rahmenregelung enthaltenen Vorgaben zu beachten.

---

Datum 17.10.2019

  
gez. Joanna Loza